

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1866

3.6.1866 (No. 129)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 3. Juni.

N. 129.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 fr. u. 2 fl. 2 fr.
Einkaufsgeld: die gehaltene Zeitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1866.

Amtlicher Theil.

Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 31. Mai l. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem großh. Konjul Ludwig Labenburg in Wien und dem großh. Konjul Ludwig Weber von Treuenfels in Antwerpen das Ritterkreuz Allerhöchster Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Durch höchsten Befehl Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs

a) vom 29. Mai wurde dem Rittmeister Schwich vom 2. Dragonerregiment die Dienstauszeichnung 2. Klasse für Offiziere gnädigst verliehen;

b) vom 30. Mai dem Leutnant Eugen Bundschuh vom 2. Füsilierbataillon die unterthänigst nachgesuchte Entlassung aus dem großh. Armeekorps ertheilt;

c) vom 1. Juni der Major v. Beust im 1. Füsilierbataillon auf sein unterthänigstes Ansuchen wegen leidender Gesundheit, mit der Erlaubnis, die Uniform der Offiziere vom Armeekorps zu tragen, und Leutnant Vobe im 5. Infanterieregiment wegen andauernder Kränklichkeit in den Ruhestand versetzt.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Hannover, 2. Juni. Erste Kammer. Köffing brachte heute einen Antrag auf eine Adresse an den König ein, worin die Kammer ihre Zustimmung zu der von der Regierung bisher beim Bunde besetzten Politik ausgesprochen soll. Hannover möge die Erhaltung des Friedens erstreben und eventuell mit seinen Bundesgenossen dem Friedensbrecher entgegenzutreten. Zur Sicherung der Realisirung der Bundesverfassung möge es die Realisirung des Delegirtenprojekts empfehlen.

Paris, 1. Juni. Ein Telegramm des „Wagner. Tel. Korresp.-Bü.“ will wissen, das Zustandekommen einer Konferenz von Sieben werde zweifelhaft, da die Antwort Oesterreichs die Bedingung stelle, daß über Venedig nicht verhandelt werde.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Juni. Ihre königliche Hoheit die Großherzogin begab Sich am Gestirgen zum Besuch Ihrer Majestät der Königin von Preußen nach Baden. Im Lauf des heutigen Tages folgten Seine königliche Hoheit der Großherzog, sowie Ihre Großherzogliche Hoheit die Prinzessin Victoria dahin nach. Die höchsten Herrschaften kehren mit dem Abendzug wieder hieher zurück.

* Frankfurt, 1. Juni. Offizielle Mittheilung über die Bundestags-Sitzung vom 1. Juni.

In Beziehung auf den Bundesbeschluß vom 24. Mai, die Wahrung des Bundesfriedens betreffend, erklärt Oesterreich, seine Heeresaufstellung gegen Preußen rückgängig machen zu wollen, sobald Sicherheit gegen Wiederkehr der Kriegsgefahr in Deutschland geboten werde. Da diese Sicherheit nach dem Scheitern der Verhandlungen mit Preußen dadurch bedingt sei, daß die schleswig-holsteinische Frage nach dem Recht des Bundes und des Landes entschieden werde, so stellt Oesterreich diese Entscheidung dem Bunde anheim, und ermächtigt den Statthalter von Holstein, die Stände einzuberufen.

In Beziehung auf denselben Bundesbeschluß wiederholt hierauf Preußen die früheren Erklärungen in Betreff der Priorität der Rüstungen; die volle Bereitwilligkeit zur Abrüstung sei wiederholt ausgesprochen, der defensiver Charakter der letzteren nicht verändert worden. Preußen werde auf den Friedensfuß zurückkehren, wenn der Bund die Regierungen von Oesterreich und Sachsen zur Abstellung ihrer Rüstungen bewegen und Bürgschaft gegen die Wiederkehr derartiger Beeinträchtigungen des Bundesfriedens gewährt haben werde. Die Behauptung, daß die schleswig-holsteinische Frage Anlaß zu den gegenwärtigen, den Frieden bedrohenden Zuständen gegeben habe, sei unbegründet, da Preußen nie die Absicht gehabt, seine befalligen Ansprüche mit Waffengewalt durchzusetzen.

Von der k. württembergischen Regierung wird die Behauptung der k. preussischen Regierung, als habe erstere durch vorzeitige Rüstung die jetzige Sachlage mit herbeigeführt, in einer Erklärung als unberechtigt zurückgewiesen. Von der großh. hessischen Regierung wird der Antrag gestellt, das seitherige landgräfliche hessische Kontingent aus der Reserve-Infanteriedivision auszuscheiden, und der 3. Division des 8. Armeekorps zuzuteilen.

Ueber den Vortrag des betreffenden Ausschusses erfolgte der Beschluß, die Einladung zu den von Frankreich, Großbritannien und Rußland vorgeschlagenen Verhandlungen in

Paris anzunehmen, und es ward der k. bayrische Staatsminister Frhr. v. d. Pfordten zum Bevollmächtigten des Deutschen Bundes erwählt.

Frankfurt, 1. Juni. Die hiesige „Europe“ erhielt ein Telegramm aus Paris vom 31. Mai, wonach die Türkei in Depeschen an die Mächte hartnäckig die Donaufürstenthümer zu besetzen forderte. Die Mächte, besonders Frankreich, antworteten telegraphisch: die Okkupation könne der Türkei verhängnisvoll werden. Man hofft, der Divan werde dem abenteuerlichen Plan entsagen.

Stuttgart, 2. Juni. Der „Württemb. Staatsanz.“ bringt folgendes „Nachträgliches aus der letzten Bundestags-Sitzung“: „Von der königl. württembergischen Regierung wird die Behauptung der königl. preussischen Regierung, als habe erstere durch vorzeitige Rüstung die jetzige Sachlage mit herbeigeführt, mit einer Erklärung als unberechtigt zurückgewiesen.“

München, 1. Juni. (W. L. B.) Höhere Offiziere aus Württemberg, Hessen, Baden und Nassau sind zu Beratungen bei unserm Kriegsministerium dahier eingetroffen.

Kassel, 30. Mai. (Nürnb. Kor.) Während rings um uns her man sich zum Krieg rüftet, leben wir im tiefsten Frieden. Daß es an Bemühungen nicht gefehlt hat, um den Kurfürsten zu einem Entschluß hinsichtlich der einzunehmenden Stellung beim Ausbruch eines Kriegs zu bewegen, unterliegt keinem Zweifel. Man hat von österreichischer Seite alle Hebel in Bewegung gesetzt; die Mittheilung von Einzelheiten, wie sie im Publikum erzählt werden, unterlassen wir. Eben so wenig als der österreichische Gesandte Graf Paar, zu dessen Unterfützung eigens der Oberst Wimpffen hier anwesend war, eine feste Zusicherung zu erlangen vermochte, ist dies dem preussischen Gesandten General v. Räder gelungen. Oberst Wimpffen ist von hier wieder abgereist. So ist die demalige Lage; die Ereignisse müssen noch einen ernsteren Charakter annehmen, ehe die Entschliebung erfolgt, nach welcher Seite man sich hinneigen wird.

Kassel, 1. Juni. (W. L. B.) Die „Kassel. Ztg.“ erklärt, die preussische Regierung habe weder den Anstoß Kurhessens an Preußen, noch dessen passive Neutralität verlangt, auch nicht verlangt, die Entschliebung der kurhessischen Regierung zu beeinflussen. Wahr sei nur, daß die Regierung veranlaßt worden sei, sich über ihre Stellung Angesichts des drohenden Konflikts zu äußern, worauf die Regierung dargelegt habe, daß sie an dem bundesrechtlichen Standpunkt festhalte und dieser ein Separatabkommen ausschließe.

Leipzig, 30. Mai. (Sch. M.) Sowohl die Begrüßungsrede des Kammerherrn v. Friesen, mit welcher er als Präsident der Ersten Kammer die Mitglieder derselben empfing, wie der Umstand, daß der hiesige Bürgermeister Dr. Koch, wie es sonst üblich, in keine Kammerdeputation gewählt wurde, zeigt bereits deutlich, von welchem Geiste unsere Ständeversammlung in ihrem aristokratischen Theile, ohne dessen Zustimmung auch von der Zweiten Kammer keine gültigen Beschlüsse gefaßt werden können, befeelt ist. Bestere wird nun freilich durch die Vertreter ihrer, etwa 20 Abgeordnete zählenden Bänke den Versuch machen, die Regierung von einem weiteren Engagement mit Oesterreich zurückzuhalten. — Die militärischen Maßregeln, welche zur Deckung Dresdens getroffen werden, sind der umfassendsten Art. Die Truppen, feldgerüstet, mit den Beinfleibern in den Stiefeln, sind in steter Bewegung, und hie und da aufgestellte Alarmstangen zeigen, um mit den Worten der Thronrede die Lage anzudeuten, daß man von keinem unvorhergesehenen Angriff sich überraschen lassen will.

Altona, 30. Mai. (Nürnb. Kor.) Der Durchmarsch preussischer Bersärkungsmannschaften für Schleswig-Holstein dauert ununterbrochen fort; es sind jedoch in jüngerer Zeit überwiegend Matrosen und Seesoldaten für die im Kieler Meerbusen ankernden preussischen Kriegsschiffe gewesen, welche hier durchpassirt sind. — Generalmajor v. Kall ist seit mehreren Tagen erkrankt, und die „Alton. Nachr.“ schreiben leider heute, daß sein Zustand sich wesentlich verschlimmert haben soll. — In Hamburg herrscht peinlichste Geschäftslosigkeit, und die Geldknappheit ist dort so hoch gestiegen, daß Hypothekengelder erster Klasse vergebens gegen 9 bis 10 Proz. Jahreszins gesucht werden.

Kiel, 31. Mai. Nach der „Kiel. Ztg.“ sind von der holsteinischen Regierung Entwürfe für ein Strafgesetzbuch, eine Strafprozessordnung und eine Gerichtsverfassung ausgearbeitet worden. Zur Begutachtung derselben hat die Statthaltertschaft eine Kommission berufen, bestehend aus dem Universitätskurator Pfand, den Oberappellationsräthen Brinckmann, Prehn, Malmros, Landvoigt und Wählenhof, dem Obergerichtsrath Mohrdrick, dem Landrichter Wommelsdorff und dem Advokat Lütens.

Berlin, 31. Mai. Ein offizieller Korrespondent der „Köln. Ztg.“ schreibt: „Das preussische Kabinett hat sich in einer Depesche an die großen Höfe über politische Bedeutung der Reformvorschlüge, welche von ihm in Frankfurt gemacht worden sind, näher ausgesprochen. Diese Erörterung

war deshalb notwendig, weil die neutralen Großmächte auch die deutsche Reformfrage zum Gegenstand der Kongressberatungen in Vorschlag gebracht haben. In jener Depesche wird der Nachweis geführt, daß durch die beantragten Reformen das europäische Gleichgewicht nicht alterirt werde und daß Preußen den Mitverbündeten nicht größere Opfer zumuthe, als es selbst zu bringen Willens sei. Es dürfte übrigens bei dieser Gelegenheit zu erinnern sein, daß, wenn Frankreich und Italien im September 1863 in Zirkulardepeschen an die europäischen Höfe Widerspruch gegen Art. 8 der österreichischen Reformakte erhoben, zu einem ähnlichen Schritte der preussische Vorschlag gar keine Veranlassung gibt. Jener Art. 8 änderte den Art. 47 der Wiener Schlussakte in der Weise ab, daß bei Gefahr eines Krieges einer deutschen Großmacht mit dem Auslande der Bundesrath beschließen solle, ob der Bund sich an einem solchen Kriege zu betheiligen habe, oder nicht. Damals wurde also gleichsam die Macht des Bundes Oesterreich zur Verfügung gestellt. In den preussischen Reformvorschlügen ist davon gar keine Rede; sie enthalten das Aller-nothwendigste, legen aber darauf Gewicht, daß ein Parlament aus allgemeinen direkten Wahlen zu Stande komme. In der Depesche, mit welcher unser Kabinett die Einladungen der neutralen Großmächte zum Kongress beantwortet hat, ist übrigens nochmals die Bereitwilligkeit ausgesprochen, abzurufen, sobald dies von Oesterreich nach beiden Seiten geschehen sei. Nicht die schleswig-holsteinische Frage habe die Kriegsgefahr veranlaßt, sondern durch die Rüstungen Oesterreichs und Sachsens sei Preußen zur Aufstellung seiner Armee bestimmt worden. Ein anderer Beweis der Friedensliebe Preußens liegt darin, daß es bereit ist, auf den Vorschlag Bayerns einzugehen und aus denjenigen Festungen und aus Frankfurt, wo Garnisonen Oesterreichs und Preußens sich befinden, die feindlichen zurückzuziehen, wenn dies auch von Oesterreich geschieht.“

Berlin, 1. Juni. Der „Köln. Ztg.“ gehen folgende Telegramme zu:

1) Preußens mündliche Annahme der Konferenz war ohne Vorbehalt erfolgt. Die von der „Proz.-Korresp.“ erwähnten Bedingungen dürften daher in der schriftlichen Annahme nur ange-deutet oder als stillschweigende Voraussetzungen Preußens zu betrachten sein. In diplomatischen Kreisen erhält sich die Ansicht, daß auch Graf Bismarck sehr bald, wo nicht sogleich bei der Eröffnung, der Konferenz beizubehalten wird.

2) Man versichert, gestern Abend habe Graf Bismarck den Vorschlag Englands und Frankreichs, sowie dem russischen Gesandten die schriftliche Antwort Preußens auf die Kongresseinladung vorgelesen. Dieselbe enthalte keine Vorbehalte, sondern nur den Wunsch Preußens, daß sich die Beratungen nicht zu lange verzögern möchten. Die meisten bisherigen Angaben über die preussische Antwort scheinen sich auf die mündliche vorgängige Annahme bezogen zu haben.

Der Generalkonsul des Gouverneurs v. Mantuffel, Oberst Stranz, hatte heute Vormittag eine Audienz bei Sr. Majestät dem König.

Berlin, 1. Juni. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ bringt heute folgende Mittheilungen:

1) Seitens der preussischen Regierung ist ein Rundschreiben an ihre Vertreter bei den großen europäischen Höfen gerichtet worden, durch welches die von Preußen in Frankfurt a. M. gemachten Reformvorschlüge zur Kenntniß dieser Mächte gebracht werden. Es ist in dem betreffenden Zirkular, wie wir hören, ausdrücklich hervorgehoben, daß diese Vorschläge in einer Weise gehalten sind, durch welche jeder Anlaß zu einer Erörterung derselben auf der Konferenz vermieden wird, da sie das europäische Gleichgewicht durchaus nicht berühren, wenn sie zur Ausführung gelangen. Nichts liege dem König von Preußen ferner, sagt das Rundschreiben, als von andern deutschen Souveränen Opfer zu verlangen, die größer wären, als die, welche Preußen selbst zugemuthet würden. Aus diesem Grund aber seien die Reformvorschlüge in einem verhältnismäßig so eng begrenzten Rahmen gehalten.

2) Mehreren Blättern zufolge soll Bayern den Vorschlag gemacht haben, die Bundesfestungen für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich zu neutralisieren, alle preussische und österreichische Garnisonen aus denselben zu entfernen und sie nur durch Truppen anderer deutscher Staaten besetzen zu lassen. Gegen einen solchen Vorschlag würde Preußen wohl kaum etwas einzuwenden haben, da es nichts mehr wünscht, als mit allen seinen deutschen Bundesgenossen in gutem Einvernehmen zu bleiben. Wenn es diesen also zur Verhütung gereichen sollte, daß Mainz z. B. nur mit besens-darmstädter, Rastatt nur mit badischen und Frankfurt a. M., als Sitz des Bundesstages, nur mit bayrischen Truppen besetzt würde, so dürfte Preußen vermuthlich hierzu gern seine Einwilligung geben.

Ein Telegramm aus Frankfurt sagt: Die heutige Erklärung Oesterreichs in der holsteinischen Frage, welche dem holsteinischen Ausschuss überwiesen wurde, wird als Einleitung des politischen Exekutionsverfahrens gegen Preußen betrachtet.

Gleiwitz, 30. Mai. (Schles. Ztg.) Gestern Vormittag hat der Kronprinz in Begleitung des Generals v. Blumenthal und des Oberpräsidenten v. Schleinitz unserer Stadt einen Besuch abgestattet. Der Kronprinz sprach sich, nachdem auf dem Bahnhof die Vorstellung durch den Landrath Graf Stachwitz erfolgt war, während der Unterhaltung wiederholt dahin aus, daß die Hoffnung auf den Frieden noch nicht aufzugeben sei, theilte mit, daß nach einer erst kürzlich

vom König erhaltenen Nachricht die Lösung der streitigen Fragen im Wege des Kongresses noch möglich erscheine, und legte es dringend an's Herz, der Muthlosigkeit, die hier und dort Platz greife, entgegenzutreten. Auch wenn militärische Rücksichten es nothwendig machten, einen kleinen Theil der Provinz von Truppen unbefestigt zu lassen, und diesen aufsehend dem Feinde Preis zu geben, so liege hierin kein Grund zu ernstlichen Befürchtungen, da dies eben nur vorübergehend der Fall sein könne, und Muth und Besonnenheit am leichtesten die Kalamität überwinde.

Von der schlesisch-böhmischen Grenze, 30. Mai. (A. Ztg.) Die Reise des Kronprinzen nach Oberschlesien, und insbesondere nach Oppeln, hat den Zweck gehabt, dort die Befehle und Dispositionen zu erlassen, welche die Vorbereitungen zur Aufnahme eines bedeutenden Truppenkorps, das bei Oppeln und Gleiwitz aufgestellt werden soll, erheischen. Die hierzu designirten Truppen sollen Theile des 1. und 2. Armeekorps sein, und dieselben werden natürlich über Breslau mit der Eisenbahn befördert werden. Eine dichte Konzentration der in Schlesien aufmarschirten Truppen des fünften und sechsten Armeekorps hat aus Verpflegungs- und Gesundheitsrücksichten noch nicht stattgefunden, dieselben nehmen bis jetzt ein ziemlich weites Gebiet ein, können aber mit Hilfe der Zweigbahnen von Brieg nach Neiße, von Freiburg nach Frankenstein, und andererseits nach Liegnitz in kurzer Zeit nach gewissen Punkten geworfen werden. Auch die österreichischen Truppen, welche ihren Aufmarsch fast vollendet haben, sind noch ziemlich zerstreut, obgleich einzelne Punkte stark besetzt sind.

Wien, 30. Mai. Die „Wien. Ztg.“ veröffentlicht das Gesetz vom 25. Mai 1866 über die Ausschreibung eines Zwangsanlehens für das lombardisch-venetianische Königreich im Betrag von zwölf Millionen Gulden österreichischer Währung. Es lautet:

In der Erwägung, daß das Gesetz vom 5. Mai 1866 wegen Uebernahme der Banknoten zu 1 Gulden und 5 Gulden auf den Staatsschatz für das lombardisch-venetianische Königreich nicht wirksam ist, gleichwohl aber es den Geboten der Billigkeit wie der Staatsnothwendigkeit entspricht, daß auch dieses Königreich in einer seinen Kräften angemessenen Weise zur Deckung der außerordentlichen finanziellen Bedürfnisse des Staates herangezogen werde, finde ich auf Grund meines Patents vom 20. Sept. 1865, nach Anhörung meines Ministerraths, zu verordnen: I. Es wird im lombardisch-venetianischen Königreich ein Zwangsanlehen im Betrag von zwölf Millionen Gulden österreichischer Währung ausgeschrieben. Die Einzahlungen haben in sechs gleichen, für die Provinzen Verona, Udine, Padua, Treviso, Novigo und Mantua mit Ende Juni, für die Provinzen Venedig, Vicenza und Belluno mit Ende Juli 1866 beginnenden Monatsraten in baarer Silbermünze oder in Goldmünze, und zwar in der letzten nach dem jeweilig von der Staatsverwaltung zu bestimmenden Kurse, zu erfolgen. II. Die Auftheilung des Anlehens und die Abfuhr an den Staat unter den für die Einhebung der direkten Steuern geltenden Normen erfolgt nach Provinzen, und zwar entfallen auf die Provinz Venedig 1,273,000, Verona 1,862,000, Udine 1,321,000, Padua 1,830,000, Vicenza 1,841,000, Treviso 1,328,000, Novigo 1,039,000, Belluno 308,000, und Mantua 1,198,000 Gulden österr. W. Jede Provinz ist ermächtigt, ihre Anlehenstentente auf die einzelnen Gemeinden nach Verhältnis der für diese vorgeschriebenen Imposta Prediale mit Inbegriff des casatico (Grund- und Gebäudesteuer) umzulegen. Die Gemeinden sind, zur leichteren Aufbringung des Anlehens, kraft dieses Gesetzes ermächtigt, ihr unbewegliches und bewegliches Eigentum zu veräußern oder zu verpfänden, Darlehen aufzunehmen und Zuschläge auf die direkten Steuern umzulegen, ohne daß es hierzu der Einholung einer weiteren Ermächtigung bedarf. Dergleichen werden die Gemeinden hiermit ermächtigt, zu dem obigen Zweck für die Dauer der Jahre 1867 und 1868 5prozentige Zuschläge zur ärarischen Verbrauchssteuer einzuführen und dort, wo solche Zuschläge schon bestehen, sie in demselben Ausmaß zu erhöhen. III. Für die abgeführten Anlehenbeträge werden 5prozentige Certifikate des Monte Veneto in Appoints zu 100 fl., 10 fl. und 4 fl. d. d. 1. Okt. 1866 in den Provinzen Venedig, Vicenza und Belluno, bezw. d. d. 1. Sept. 1866 in den andern 6 Provinzen al pari hinausgegeben. . . . IV. Die Zinsen der Certifikate sind von der Einkommensteuer befreit. . . .

Fürst Demeter Ghika ist heute in einer besondern Mission aus Bukarest hier eingetroffen. Derselbe dürfte von Sr. Majestät dem Kaiser empfangen werden. — Ein Bruder des Feldzeugmeisters Benedek, Dr. Karl v. Benedek, der als allgemein geachteter Arzt in der nächsten Nähe Wiens lebte, starb gerade an dem Tag, an welchem der Feldzeugmeister mit dem Hauptquartier nach Olmütz reiste. — Das Doktorerkollegium der medizinischen Fakultät faßte den Beschluß: Das Doktorerkollegium stellt sich in toto für den Kriegsfall nach jeder Richtung hin dem k. k. Kriegsministerium zur Verfügung.

Wien, 31. Mai. (A. Z.) Uebermorgen geht das Hauptquartier des 8. Armeekorps nach Ausspitz in Mähren ab; dorthin ist auch das 7. Armeekorps dirigirt, das sich von Laibach schon in Marsch gesetzt. F. M. V. v. Henikstein, der Generalstabschef Benedek's, ist in Wien, um die Ausführung der noch zu treffenden letzten Kriegsanordnungen zu überwachen. Ueber die Fortschritte der gesammelten Ausrüstung ist dem Kriegsministerium und dem Hauptquartier täglich Bericht zu erstatten. In den nördlichen Festungen ist Alles fertig, nur die Baumplanzungen auf den Glacis stehen noch; erst im allerletzten Augenblick sollen dieselben gefällt werden. Bezüglich der Brigade a l'it verfügt ein Erlaß des Kriegsministeriums, daß keine Mannschaften dieser Brigade mehr beurlaubt werden, aber auch keine Ergänzungsgruppen mehr nach Holstein abgehen; reisende Offiziere haben den Weg über Nürnberg und Hannover zu nehmen. Was die Freiwilligentruppen betrifft, so steht das Krakauerregiment in Galizien fast vollständig da, ebenso das steirische Alpenjägerkorps; das Wien-Tiroler Scharfschützenkorps hat gestern seine Offiziere gewählt, und geht Ende der Woche nach Innsbruck ab.

Wien, 1. Juni. (A. Ztg.) Graf Mensdorff reist Montag mit den Hofrathen Aldenburg, Biegeleben und dem Se-

retär Werner nach Paris; der Kongreß soll am 9. Juni beginnen; Oesterreich und Preußen werden die Einhaltung der Verträge verlangen.

Fürst Ladislaus Czartoryski veröffentlicht im „Gaz“ einen Brief, worin er die Bildung einer Freiwilligen- Legion in Galizien billigt und zugleich die Emigration warnt, für Italien zu kämpfen, welches sich mit dem polenfeindlichen Preußen verbündet habe.

Donaufürstenthümer.

Bukarest. Am 23. Mai hat Fürst Karl eine Proklamation erlassen, die nach der Uebersetzung des Pesther „Lloyd“ also lautet:

Rumänen! In der Menschenbestimmung gibt es keine edlere Pflicht, als die: zur Wahrung der Rechte und Durchführung der Freiheiten einer Nation berufen zu sein. Eine so erhabene Mission hat mich bewogen, unverzüglich eine unabhängige Stellung, meine Familie und das Land, an welches ich durch die heiligsten Bande der Erinnerung gefesselt war, zu verlassen, um eurem Rufe zu folgen. Die Annahme des Plebiszits, durch welche meinem Haupte die Krone Stephan's des Großen und Mihail's des Tapfern aufgesetzt wird, legt mir eine große Verantwortlichkeit auf. Ich hoffe aber, mit Gottes Hilfe und mit vollkommener Ergebenheit meinem neuen Vaterland eine glückliche und seiner Vergangenheit würdige Existenz sichern zu können. Rumänen! Ich geböre euch nun an von ganzem Herzen und ganzer Seele. Ihr könnt zu allen Zeiten auf mich bauen, sowie ich mich auf euch stütze. Gegeben in unserer Hauptstadt Bukarest, am 11. (23.) Mai 1866. — Karl I.

Italien.

* **Florenz, 1. Juni.** Die „Razione“ glaubt, die Regierung habe in ihrer Antwort auf die identischen Noten vermiehen, die streitigen Fragen zu berühren, um nicht die Eröffnung der Konferenz zu verzögern.

Frankreich.

* **Paris, 1. Juni.** Die Antwort der preussischen Regierung war die erste — und ist bis heute die einzige, welche in Paris eintraf. Die Antwort Oesterreichs wird wohl nächsten Sonntag Hr. Drouin de Lhuys übergeben werden. Die Antworten der italienischen Regierung und des Deutschen Bundes werden in den ersten Tagen der nächsten Woche folgen. Mittlerweile hatten Hr. Drouin de Lhuys, Lord Cowley und Hr. v. Bismarck gestern und heute Unterredungen, um sich des Näheren wegen der den Quasi-Kriegführenden zu machenden Vorschläge zu verständigen. Wie es scheint, ist auch hier „aller Anfang schwer“. Als eines der Haupthindernisse, welches dem Zusammentritt einer Friedenskonferenz entgegensteht, galt die Gefahr, welche von Italien her durch die Freiwilligen drohte. Das „Mem. diplom.“ erfährt jedoch aus Florenz, daß eine offizielle Mitteilung nach Paris abgegangen sei, worin die italienische Regierung erklärt, daß sie vollständig Meister der Lage sei und daß alle Maßregeln getroffen werden, um zu verhindern, daß die Verantwortlichkeit der italien. Regierung nicht vorzeitig in Frage komme. — Fürst Gortschakoff kam vor dem 4. oder 5. Juni taum in Paris eintrafen; die Konferenzen können somit, selbst unter den günstigsten Verhältnissen, nicht vor dem 6. oder 7. beginnen. Die Präsidentschaft wird, wie üblich, der Minister der auswärtigen Angelegenheiten am Sitze der Konferenz, also Drouin de Lhuys, führen. Doch ist hervorzuheben, daß bei bergleichen diplomatischen Versammlungen die Präsidentschaft keinerlei Prerogative mit sich bringt. — Wie das „Mem. diplom.“ aus Berlin erfährt, wäre es Hr. v. Bismarck bis heute nicht gelungen, den König Wilhelm zu bewegen, den Allianzvertrag mit Italien zu unterzeichnen; doch hätte Hr. v. Bismarck mit dem General Govone die am 28. Mai abgelaufene provisorische Vereinbarung auf weitere 3 Monate verlängert.

* **Paris, 1. Juni.** Der „Corr. Havas“ zufolge haben Lord Clarendon, Fürst Gortschakoff, Graf Bismarck und General La Marmora in offizieller Weise ihre bevorstehende Ankunft in Paris zur Eröffnung der Konferenz angezeigt. Marquis v. Banneville, Direktor der politischen Angelegenheiten im auswärtigen Amt, soll mit den Funktionen eines Sekretärs der Konferenz betraut werden. Die „Gaz. de France“ theilt an der Spitze ihres Blattes die Entscheidung des Staatsraths mit, wodurch dieser den Refus, den sie wegen zweier in Bezug auf eine Sache ihr hintereinander erteilter Verwarungen ergriffen, zurückweist.

Nach dreitägigen, mitunter sehr lebhaften Debatten hat der Gesetgeb. Körper das Gesetz, betr. von Franzosen im Ausland begangene Verbrechen und Vergehen, mit 212 gegen 25 Stimmen angenommen. In der nächsten Sitzung kommt der Gesetzentwurf über das Recht der Hinterbliebenen und Erben von Schriftstellern auf deren literarisches Eigentum zur Verhandlung. Der betreffende Gesetzentwurf setzt die Dauer der Rechtsansprüche der Erben von Schriftstellern, Komponisten oder sonstigen Künstlern auf 50 Jahre, vom Todestage an gerechnet, fest. Wenn keine anderweitige testamentarische oder kontraktliche Verfügung besteht, so hat die überlebende Ehegattin vor allen Andern den Genuß dieses Eigentumsrechts. Die Rechte anderer Erben regeln sich während dieser 50 Jahre nach den allgemeinen Bestimmungen des Code Napoleon. — Rente 64.40, Cred. mob. 515, ital. Anl. 39.50.

Dänemark.

Kopenhagen, 31. Mai. (W. L. V.) Der dänische Gesandte in Berlin, v. Duaba, ist heute hier eingetroffen, und der hiesige preussische Gesandte, v. Heydebrandt und der v. v. a. j., nach Berlin gereist. Die Anlässe zu diesen Reisen sollen privater Natur und politischen Motiven vollkommen fremd sein.

Seyantepost.

Athen, 26. Mai. Bulgarien ist in Thessalonich eingekertert. Die Reise des Königs nach Korfu ist suspendirt. In Smyrna und Gallipoli wurden griechische Emigranten verhaftet.

Konstantinopel, 26. Mai. Der Kriegsminister Abdul Kerim Pascha ist von der Donau zurückgekehrt. Es wurden

Ernennungen für hohe Militärposten vorgenommen. Die ägyptische Successionsfrage ist insofern geregelt, als die Pforte die Zustimmung der europäischen Mächte erlangen will.

Großbritannien.

London, 1. Juni, Abends. Reuters Office veröffentlicht nachstehende Nachrichten aus New-York vom 24. Mai, Abends, mit dem Dampfer „China“ eingetroffen: Die spanische Flotte nahm am 2. Mai die Beschießung von Callao auf, wurde aber nach vierstündigem Kampf von den Strandbatterien zum Rückzug genöthigt. Zwei spanische Panzerschiffe wurden kampfunfähig gemacht. Der Admiral Ruiz wurde verwundet. Die Peruvianer zählten 60 Tode, darunter der Kriegssekretär, und 120 Verwundete.

Der Staatssekretär Seward und der Schatzsekretär Mac Culloch haben zu Auburn Reden gehalten, worin sie die Politik des Präsidenten vertheidigten. Kriegssekretär Stanton sagte, der Präsident werde von der Zustimmung des ganzen Kabinetts getragen.

Erklärung Oesterreichs und Preußens in der Bundestags-Sitzung vom 1. Juni.

Dieselbe lautet nach der „Zkf. Post-Ztg.“ wörtlich, wie folgt:

In Folge des Bundesbeschlusses vom 24. v. M. ist der Gesandte beauftragt worden, die nachfolgende Erklärung abzugeben. Die hohen Regierungen des Deutschen Bundes sind im Besiz vielfacher Beweise für die ausdauernde Friedensliebe, welche der kaisert. österreichische Hof in seinen Verhandlungen mit Preußen über die Zukunft der Elberzogthümer an dem Tag gezeigt hat. Oesterreich bleibt auf seine langmüthigen, trotz mancher Verkennung beharrlich fortgesetzten Bestrebungen, ein Einverständnis mit Preußen zu Stande zu bringen, mit um so ruhigerem Bewußtsein zurück, je tiefer und allgemeiner in der Nähe der Gefahr die Schwere des Unglücks gefühlt wird, welches ein Bruch zwischen beiden deutschen Großmächten und ein innerer Krieg über Deutschland heraufbeschwören würde. Se. Maj. der Kaiser Franz Joseph ist in seinen Zuehändnissen an Preußen so weit gegangen, als es Oesterreichs Würde und angekommene Stellung in Deutschland, als es des Deutschen Bundes Recht und Verfassung nur irgend gestatteten. Allein der Berliner Hof hat nicht nur unbedingte Forderungen aufgestellt, sondern auch unglücklicher Weise in fleißig steigendem Maße die Reizung betätigt, diese Forderungen mit Hintansetzung aller andern Rücksichten und zuletzt selbst mit gewaltsamen Mitteln durchzusetzen. So wie Preußen schon kurz nach dem Abschluß des Wiener Friedensvertrages die Räumung Holsteins durch die Truppen Sachsens und Hannovers mit Eigenmacht zu erzwingen gebohrt hatte, so behandelte es auch gegenüber Oesterreich, seinem Bundesgenossen, in dem im Namen deutschen Rechtes gegen Dänemark unternommenen Kriege, die schließliche Lösung der Verwicklung als eine bloße Frage der Macht, und trat selbst nicht vor dem beklagenswerthen Entschlus zurück, sich auf die Hilfe auswärtiger Gegner des Kaiserthums zu stützen. Schon zur Zeit der Gasteiner Konvention hatte die k. preussische Regierung sich der Allianz des Florentiner Hofes gegen Oesterreich zu versichern getrachtet, und sie erneuerte dieses Bestreben, als später das kaisert. Kabinet die unbillige Forderung, Holstein nach den Thaten der preussischen Annexionspolitik zu verwalten, ablehnte und man in Berlin anfangs, über kriegerische Eventualitäten Rath zu halten.

Von zwei Seiten gefährdet, ungewiß, ob der erste Angriff im Süden oder im Norden erfolgen werde, hat Oesterreich sich in Vertheidigungsstand gesetzt, um das Seinige zu behaupten, und die treuen Völker der Monarchie, einig in sich, des guten Rechts sich bewußt, nach dauerhaftem Frieden verlangend, tragen willig und entschlossen die neuen schweren Opfer, welche der Ruf des bedrohten Vaterlandes von ihnen fordert.

Solches war die Veranlassung der Rüstungen Oesterreichs; aus der Veranlassung ergeben sich von selbst die Voraussetzungen, unter welchen die kaisert. Regierung die Rückkehr zum Friedensstand beschließen konnte.

Was jedoch die militärischen Vorkehrungen gegen Italien betrifft, so sind sie nicht Gegenstand dieser Erklärung, nachdem die hohen antragstellenden Regierungen mit Recht ihre Absicht auf die in der Richtung gegen Bundesgenossen vorgenommenen Rüstungen eingeschränkt haben. Der kaisert. Hof hat dieser Begrenzung des Antrags um so sicherer gewärtig sein dürfen, als er durch die Vertheidigung seiner italienischen Besitzungen zugleich die Pflicht erfüllt, den Territorialbestand des Deutschen Bundes zu schützen. Es handelt sich sonach nur um die Heeresaufstellung gegen Preußen. Was diese betrifft, so wurde der kaisert. Hof bereit sein, sie rückgängig zu machen, sobald Oesterreich wieder auf eigenem Gebiet, noch in Holstein, noch auf dem Gebiet seiner Bundesgenossen einen Angriff von Seiten Preußens zu besorgen hätte, und ihm gegen die Wiederkehr der entstandenen Kriegsgefahr genügende Sicherheit geboten wäre.

Der gesammte Deutsche Bund bedarf nicht weniger wie Oesterreich dieser Sicherheit. Sie hängt im Allgemeinen davon ab, daß in Deutschland nicht eine Politik der Gewalt, sondern Recht und Vertrag regiere, und daß auch Preußen, wiewohl europäische Macht, den grundsätzlich verbürgten Frieden des Bundes wie dessen verfassungsmäßige Beschlässe achte. Sie ist insbesondere dadurch bedingt, daß die schleswig-holsteinische Frage, aus welcher der gegenwärtige Konflikt hervorgegangen ist, nicht nach den einseitigen Ansprüchen Preußens, sondern nach Recht und Gesetz des Deutschen Bundes und in Einklang mit dem Landesrecht der Herzogthümer ihre Lösung erhalte. Der kaisert. Präsidialgesandte ist demnach beauftragt, der hohen Bundesversammlung unter Bezugnahme auf die Erklärung Oesterreichs und Preußens in der Sitzung vom 24. August v. J. die Anzeige zu erlassen, daß die kaisert. Regierung ihre Bemühungen, einen definitiven lundesgemäßen Abschluß der Herzogthümerfrage durch ein Einverständnis mit Preußen vorzubereiten, für jetzt als vereitelt betrachte, und daß sie in dieser gemeinsamen deutschen Angelegenheit alles Weitere den Entschliessungen des Bundes anheimstelle, welchen von Seiten Oesterreichs die bereitwilligste Anerkennung gesichert ist.

Der kaisert. Gesandte ist in den Stand gesetzt, dem betreffenden Ausschuss auf dessen Wunsch jede zur Aufklärung der rechtlichen und faktischen Sachlage dienliche Mittheilung über den Verlauf der seitberigen Verhandlungen zu machen. Der Gesandte hat schließend mit der vorstehenden Erklärung die weitere Anzeige zu verbinden, daß dem kaisert. Statthalter in Holstein so eben die erforderliche Spezialvollmacht zur Einberufung der holsteinischen Ständeversammlung über-

sendet worden ist, damit die gesetzliche Vertretung des Landes, um dessen Schicksal es sich handelt und dessen Wünsche und Rechtsanschauungen einen der berechtigten Faktoren der Entscheidung bilden, nicht länger der Gelegenheit entbehre, ihre Ansichten auszusprechen.

Frankfurt, 1. Juni. (W. L. B.) Die nahezu vollständige Analyse der preussischen Erklärung in der heutigen Bundesversammlung lautet:

Die k. Regierung hat wiederholt erklärt, daß die Mobilmachung ihrer Streitkräfte lediglich durch die vorangegangenen Rüstungen Oesterreichs, denen sich bald die sächsischen anschlossen, hervorgerufen wurde. Sie sah ihre Grenzen, ja ihre Hauptstadt bedroht; ihre Ansprache bei den Bundesgenossen hat die Ueberzeugung gewähren müssen, daß sie zur Verteidigung auf die eigenen Kräfte angewiesen sein würde. In diesen Erklärungen sind schon die Bedingungen zur Rückkehr auf den Friedensfuß angedeutet. Die lediglich zur eigenen Sicherheit angeordneten Maßregeln können aufhören, sobald die Ursache wegfällt. Die k. Regierung hat bereits in ihrer Depesche nach Wien am 24. April ihre volle Bereitwilligkeit zur Abweisung unter dieser Bedingung erklärt. Sie glaubte der entsprechenden österreichischen Zustimmung so sicher zu sein, daß sie fernere Rüstungen für ihre Hoffnungen nicht nöthig hielt. Die Zunahme der österreichischen Rüstungen und die Aeußerung der k. sächsischen Regierung vom 29. April nöthigten zur größten Ausdehnung unserer eigenen Rüstungen. Aber der Defensivcharakter der letzteren ist damit unverändert. Die k. Regierung erklärt auch heute ihre Bereitwilligkeit zur Rückkehr auf den Friedensfuß, wenn der Bund die Regierungen Oesterreichs und Sachsens zur Abstellung der friedenbedrohenden Rüstungen bewegen hat und der k. Regierung Bürgschaften gegen die Wiederkehr derartiger Verletzung des Bundesfriedens gewährt. Wenn der Bund nicht dazu im Stande ist, und seine Mitglieder gegen die Einführung von Reformen sind, welche solche Wiederkehr verhindern könnten, so muß die k. Regierung daraus den Schluß ziehen, daß der Bund in gegenwärtiger Gestalt seiner Aufgabe nicht gewachsen ist, und seine obersten Zwecke nicht erfüllen, und wird weitere Entschliessungen dieser rechtlichen Ueberzeugung zu Grund legen. — In Beziehung auf die eben vernommene österreichische Erklärung vermahnt sich die k. Regierung gegen die Darstellung der österreichisch-preussischen Verhandlungen, sowohl was die Thatfachen, als was die daran geknüpften Unterhandlungen betrifft, eben so entschieden wie förmlich. Die k. Regierung hat bis zur Stunde auf dem in der Schleswig-holsteinischen Frage eingenommenen Standpunkt fest verharret und die Ansprüche und berechtigten Interessen Preussens nur unter Maßgabe der vertragmäßig erworbenen Rechte verfolgt, und muß nachdrücklich wiederholen, daß nicht die Schleswig-holsteinische Frage Anlaß zur gegenwärtigen Verwicklung gegeben, sondern lediglich die an der preussischen Grenze von Oesterreich und Sachsen unternommen eben so ungerechtfertigten wie bedrohlichen Rüstungen.

Baden.

Baden, 1. Juni. In dieser Woche wurden die musikalischen Genüsse der Saison durch zwei hervorragende Konzerte eröffnet; das erste wurde letzten Dienstag von Frn. Helene Hermann, der berühmten Künstlerin auf der Harfe, gegeben, worin dieselbe ihre bekannte Meisterhaftigkeit zeigte. Das zweite Konzert, welches heute Abend stattfand, war von Frau Wardot-Garcia zu einem edlen, wohlthätigen Zweck veranstaltet und fiel in jeder Beziehung glänzend aus. Frau Wardot-Garcia sang ihre besten Sachen, und namentlich ihre weltberühmte Arie aus dem „Orpheus“; jedes Lob ist ja überflüssig, wenn es sich um die Leistungen einer solchen Kunstgöttin handelt, zumal wenn dieselben von den edelsten Gefühlen getragen werden. In beiden Konzerten hatte Hr. Brandes die Gefälligkeit, mitzuwirken, und seine herrliche Stimme, verbunden mit vollem Vortrag, fand den größten Beifall, namentlich bei einer eigenen Komposition desselben, deren Wiederholung verlangt wurde.

Baden, 2. Juni. Ein geheimnißvoller Kriminalfall macht jetzt hier viel von sich sprechen. Man fand nämlich bei Oos vor einigen Tagen einen schwer verwundeten Jagd- und Waldbühler, und obwohl berüchtigte Wilderer Drohungen gegen ihn ausgesprochen hatten, führten doch die so gleich vorgenommenen sehr sorgfältigen Nachforschungen zu dem Ergebnis, daß nach aller Wahrscheinlichkeit ein Unglücksfall vorliegt. Ganz wider Erwarten erholte sich der Mann, beginnt jetzt zu sprechen und soll bestimmt einen mörderischen Ueberfall behaupten, wobei man freilich Zweifel hegt, ob derselbe nicht etwa in Folge der durch einen Schuß erlittenen schweren Kopfverletzung selbstergeleitet ist. Die mit aller Energie geführte Untersuchung wird hoffentlich Licht über dies Geheimniß verbreiten, was besonders die vielen hiesigen Jagdfreunde wünschen.

Vermischte Nachrichten.

Offenburg, 31. Mai. Gehüßlich der mit dem hiesigen Pferde- und Rindvieh-Markt zu verbindenden Verloosung ausgezeichneter Thiere theilt der „Ort. Bot.“ mit, daß trotz der unglücklichen Zeitverhältnisse doch bereits gegen 4000 Loose abgesetzt sind; er hofft, daß noch einige Tausend weiter abzusetzen sein werden.

Ludwigschafen, 1. Juni. Eine Anzahl angesehener Bürger aus den Kantonen Neuchâtel und Yverdon hat auf Sonntag den 3. Juni zu einer Volksversammlung in das Schloßhaus zu Neuchâtel eingeladen, um sich über die gegen die Kriegsgefahr möglichen Schritte zu einigen.

Stuttgart, 30. Mai. Der „Vob.“ hört, daß der Abg. Tafel abgelehnt hat, in die ständige Kommission des (in Weimar gegründeten) Abgeordnetentages einzutreten.

Kugsburg, 31. Mai. (Sch. M.) In den letzten Tagen sind die hier in Garnison gelegenen Ulanen und Gendarmen ausgezogen nach Ansbach, wohin morgen 2 Batterien Artillerie folgen werden. — Vom hiesigen Handelsgremium werden zwei Deputirte an's Ministerium geschickt, um für unsere Industrie Unterstützung zu erbitten, und zwar 3 Mill. fl. für die hiesige Stadt, 6 Mill. für den Kreis Schwaben. Im Verweigerungsfall müßte die hiesigen Fabriken, in welchen bis jetzt nur unbedeutende Reduktion der Arbeitszeit eingetreten ist, ganz einstellen. Die Zahl der Arbeiter, um deren Existenz es sich dabei handelt, beträgt etwa 10,000.

Regensburg, 30. Mai. Die tumultuarischen Ausfälle vom Sonntag und Montag haben sich gestern Abend erneuert; der Bischof wurde von Zivil- und Militärpersonen gemeinschaftlich demollirt. Die Stadt ist in großer Aufregung; die Linie erhielt scharfe Patrouillen; an die Landwehr wurde ein Generalappell erlassen.

Mainz, 1. Juni. Das „Mainzer Journal“ enthält die Anzeige des gestern Nachmittag erfolgten Todes seines Redakteurs Franz Sausen, im 57. Jahre seines Alters.

Leipzig, 31. Mai. Die Leipziger Vorschussbank, welche auf Baaren und Effekten Vorschüsse zu leisten bestimmt ist, hat mit dem heutigen Tag ihre Wirksamkeit begonnen. Das Grundkapital ist vorläufig auf 5 Mill. Thlr. festgesetzt, worüber Obligationen zu 500 und 100 Thlr. au porteur ausgegeben werden.

Die „Rheinische Zig.“ bringt folgendes, an ihren Redakteur gerichtete Schreiben, welches auch die Berliner „Nordd. Allg. Zig.“ wiedergibt:

„Herr Redakteur! Gestatten Sie mir, daß ich in Ihrem Blatte mit offenem Bistri den Kampf auskämpfe, den ich in Frankfurt mit offenem Bistri begonnen. Den Anzuspungen der Großpreußen gegenüber, denen gründlich zu mißfallen mir nicht erst heute eine Ehre ist, thut eine sachliche Auseinandersetzung noth.

Nachdem das liberale Großpreuenthum durch die Friedens- und Rechtsbewegung in unserm Volke, dessen gesunder Sinn und deutsche Treue endlich in aller Euphorie gegen die Schwärzerei des offiziellen Liberalismus reagirt, zum Berlinismus eingebämmt war, und durch die Haltung des Jacoby'schen Wahlbezirks in Berlin (s. die Resolution von Weiß und Langethan) in seiner letzten Besse sich bedroht sah, hat dieser Berlinismus es für passend erachtet, für die bei uns Preußen selbst erlittene Einbuße Ersatz zu suchen bei befreundeten Männern im übrigen Deutschland, namentlich in solchen Ländern, deren eigene Zustände traurig genug sind, um es mit der Lage der Dinge in Preußen nicht zu genau zu nehmen. Was die Stimmung des preussischen Volkes selbst vermag, und Angesichts des ungerechten wie unheilvollsten Kriegs mit doppeltem Recht vermag, das sollte im „dritten Deutschland“ erreicht werden.

Der erste Versuch dieser Art war die Berliner Erklärung des Ausschusses des Nationalvereins. Der Versuch mißlang gründlich. Mit jener Erklärung schrieb der Ausschuss nur seine eigene Grabchrift; sie lesen, hieß sie verurtheilen.

Der zweite Versuch sollte der Abgeordnetenrat in Frankfurt sein. Ich besahe tief, daß die außerpreussischen Führer der nationalen Partei durch das Warten der Berliner „Vorschung“ — wie Sie es sehr richtig bezeichnen — sich auf diese Bahn haben leiten lassen; nur die verkehrtesten Darstellungen über die Stimmung des preussischen Volkes können dahin geführt haben; nach verlässlichen Berichten ist in Berlin die Parole ausgegeben worden: durch offenen Bruch mit der Gewaltspolitik treibe man das Volk bei den bevorstehenden Wahlen der Regierung in die Arme. Wahrlich, der schlimmste Verdrach, in dem man unser braues Volk bringen kann!

Als diese ebenso thatkräftig irrig, wie in ihren Folgen verberbliche Anschauung in dem Frankfurter Ausschussantrag abermals Ausdruck fand und die Sanction eines deutschen Abgeordnetenrages zu Gunsten einer Neutralität nachgesucht wurde, welche nur unserer Berliner Kriegspartei zu Gute kommen kann, da habe ich für meine Pflicht erachtet, mich gegen die Berliner „Vorschung“ zum Sprecher der Hunderttausende zu machen, in deren Erisen und Wohlthat der unselige Einfluß der Kriegspartei schon jetzt fühlbar eingegriffen hat. Alle unsere Mitbürger, die als Reservisten und Landwehrmänner ihrem friedlichen Erwerb und ihren Familien entzogen werden, sind ebenso viele Ankläger gegen das Verbrechen der Kriegspartei, wie gegen die Verschuldung der Volksoberkeitung in den letzten zwei Jahren, und im Namen des leidenden Volkes habe ich Anklage erheben müssen gegen diejenigen ihrer Führer, welche zu der schweren Mitschuld an dem gegenwärtigen Unheil, die in der Neutralität des Abgeordnetenhauses liegt, die noch schwerere Mitschuld an dem drohenden höchsten Unheil fügen wollen, indem sie durch die Befürwortung der Neutralität Deutschlands das einzige Hinderniß beseitigen, welches unserer Kriegspartei etwa noch ein „Bis hierher und nicht weiter“ entgegenstellen, welches unserm Lande den Frieden wiedergeben könnte. Die Größe der Gefahr bedingte die Schärfe des Widerstandes; ich kenne keine persönliche Rücksicht, wo es Frieden, Ehre, Zukunft von Millionen gilt. Wir sind in Preußen gewichen von dem Pfad deutschen Rechts und deutscher Treue; für solche Verschuldung ist der Nothstand des Landes die gerechte Strafe, und vor der öffentlichen Konstatirung dieses Sachverhalts schützt kein noch so glänzender Name, kein noch so großes Verdienst. Am wenigsten eine Volksoberkeitung hat das Vorrecht, daß die Kritik vor ihr verstumme; vollends ein aufgelöstes Haus der Abgeordneten gehört der Geschichte an; das Gegenstück behaupten ist der Gipfel großpreussischer Ueberhebung und Selbstvergötterung. Ich meinerseits spreche vielmehr den Wunsch aus, daß die Kritik fortan ihr volles Recht auch dem Abgeordnetenhaus gegenüber behaupte, daß die liberale Presse nicht zum dritten Mal den Fehler des Abwartens und Ausweichens wiederbegehe, den sie vor sechs Jahren bei Beginn des Verfassungskonflikts und in den letzten zwei Jahren gegenüber dem deutschen Konflikt zum Schaden des Landes begangen hat. — Die Presse hat den hohen Beruf, die Verschleierung zwischen Volksoberkeitung und Volk lebendig zu erhalten. Dieser vaterländischen Aufgabe soll sie stets eingedenk sein.

So viel zu sachlicher Abwehr. Die persönlichen Anzuspungen lassen mich gleichgültig. In welchem Wespennest ich stehe, wüßte ich vorher. Ein erster Kampf gegen Götzen ist immer riskant, aber Einer muß der Erste sein, sonst ständen die Götzen bis ans Ende der Tage. Inzwischen tönt in das Gehör der Berliner Wespennest hinein wie Orgelton und Glöckelklang die Stimme des ersten Rechtsmannes in unserm Volke — Johann Jacoby's in Königsberg, der, unbeirrt den geraden Weg der Ehre wandelnd, alle Verlodungen großpreussischer Scheines abweist und heute wie immer die wahre Größe Preussens darin setzt, sich zu beugen vor deutschem Rechte. Will unser Volk sich retten, so folge es diesem Manne des schlichten Wortes, nicht den Hel-den der großpreussischen Pbrase, deren Rechtsfinn nicht einmal die kleine Verschuldung des Schleswig-holsteinischen Raubes bestanden hat und die größte Verschuldung des Raubes an ganz Deutschland gewiß niemals bestehen würde, wenn es der Gewaltpolitik gefiele, uns damit zu födern. Hamburg, 28. Mai 1866. — Dr. Frese.“

Hamburg, 31. Mai. Der Prospekt einer Darlehens-kasse für in Hamburg und Altona lagernde Waaren ist eben erschienen. Derselbe stellt das Kapital auf 2 Millionen, den Aktienbetrag auf 5000, den Einfluß auf 10 Proz. fest. Die Vorschüsse werden auf ein Vierteljahr für zwei Drittel des Wertes der Waaren gegen $\frac{1}{4}$ Proz. Monatskommission gewährt. Die Dauer der Gesellschaft wird auf höchstens 1 Jahr bestimmt. Im Gründungskomitee befinden sich die angesehensten Häuser. Der Vorstand der Gesellschaft sorgt für die Beschaffung der nöthigen Geldmittel; das Aktienkapital dient als Garantiefond.

Aus Oberschlesien, 29. Mai. Wie man in der aus Troppau herübergekommenen „Silesia“ liest, hat eine neue Grenz-überschreitung von Seiten österreichischer Truppen stattgefunden. Einige Husaren, welche in dem an der Oppa liegenden Grenzdorfe Wawrowitz einquartiert sind, haben den Fluß durchwaten und, ohne zu wissen, daß jenseits preussisches Gebiet ist, das Wirthshaus des gegenüberliegenden Dorfes Wobowitz (Kreis Leobschütz) besucht. Nach ertheilter Belehrung über die Gebietsverhältnisse kehrten die Oesterreicher sofort über ihre Grenze zurück.

Wien, 1. Juni. (N. Frkf. Zig.) Die Generalversammlung der Nordbahn beschloß eine Superdividende von 80 fl. auf die ganze Aktie. Der Julicoupon wird daher mit 106 fl. 25 kr. bezahlt. Die Emission von 5598 neuen Aktien wurde beschloffen, wobei Aktionäre Vorrrecht haben, für Coupons neue Aktien zu 105 (pari) zu erhalten.

Bern, 30. Mai. Während eben Preußen, Oesterreich, ganz Deutschland und Italien in Waffen starrten und die Kriegstrage schwer auf ganz Europa lastet, zählt auch die kleine Schweiz ihre militärischen Kräfte, um, wenn es sein muß, ihre Neutralität zu verteidigen. Nach dem letzten Bericht des eidgenössischen Militärdepartements beträgt der Kontingent auf Anfang des Jahres 1866 zusammen 199,054 Mann. Davon gehören zum Auszug 85,470, zur Reserve 47,944, zur Landwehr 64,549. Hierzu kommt noch der eidgenössische Stab mit 665 und das Gesundheitspersonal mit 426 Mann. Auf die einzelnen Waffen vertheilt sind die Truppen folgendermaßen: Genie 2920, Artillerie 17,265, Kavallerie 4314, Scharfschützen 14,170, Infanterie 159,296.

London, 30. Mai. Die letzte Post aus China fügt zu den vielen Fällen von Menschenjähzähreien auf Kulischißen einen neuen hinzu. Diesmal ist es ein italienisches Dampfschiff, der „Napoleone Canero“, das für den schändlichen Handel ausersendet war. Das nach Callao bestimmte Schiff war mit 600 Kulis von Macao ausgelaufen und einige Tage auf der See, als die Kulis Zeichen von Widerständigkeit zu zeigen begannen; nach den Berichten hätten sie sich die Verdecke abzuwaschen geweigert. Es wurde darauf die Schiffsmannschaft versammelt, und da Jene fortwährend das Verlangte zu thun verweigerten, durch die Luken auf sie heruntergeschossen, und als dieses noch nichts half, die Luken zugemacht. Die Kulis, entweder um sich zu befreien oder um sich zu rächen, auch um den Preis des eigenen Lebens, griffen nun zu dem verzweifelten Mittel, das Schiff in Brand zu stecken. Dichte Rauchwolken aus den Stütz-pforten verblendeten der Mannschaft bald, was geschah. Alle Anstrengungen, des Feuers Herr zu werden — ein Schauspiel, dem die Kulis mit schmerzlicher Apathie zusahen — blieben vergeblich, und man war genöthigt, sich in die Boote zu flüchten. In der Hast wurden der Schiffszug und 7 von der Mannschaft zurückgelassen; zurückzukehren, als man sie vermehrte, wäre unmöglich gewesen, da die nicht länger unthätig gebliebenen Kulis die Boote nicht heranzulassen haben würden. Die in den Booten Geretteten wurden von dem Dampfer „Madura“ aufgenommen und nach Saigon gebracht. Einige Wenige von den Kulis nahen später die auf der Fahrt von Neu-York nach Hongkong begriffene Bremer Brigg „Arion“ auf, welche sie nach letztem Hafen mitnahm, woselbst sie am 1. Apr. anlangte. Ob das italienische Dampfschiff untergegangen, ist nicht gewiß; möglich, daß es den Kulis mit Hilfe der von der Mannschaft Zurückgelassenen gelungen ist, die Flammen anzulöschen.

Karlsruhe, 2. Juni. (Groß. Hoftheater.) Gestern Abend nahm Frn. Christen, die begabte und liebenswürdige Vertreterin des jugendlichen Liebhaberinnenstüches, in den Rollen der Mathilde (Gleich und Gleich) und Hedwig (Sie hat ihr Herz entdeckt) Abschied von der hiesigen Bühne und zugleich vom Theater überhaupt. Die junge Künstlerin entfaltete noch einmal die ganze Fülle der Anmuth und lebensfrischen Natürlichkeit, womit sie ihre Leistungen auszustatten pflegte, und wurde von dem außergewöhnlich zahlreichen Auditorium mit den lebhaftesten Theilnahmebezeugungen erfreut und mit Kränzen und Bouquets förmlich überschüttet. Frn. Christen wird sich mit einem jungen Tonkünstler, der zur Zeit eine Stellung in England bekleidet und früher dem hiesigen Orchester angehörte, vermählen.

Karlsruhe, 2. Juni. 46. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 4. Juni, Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung der Berichte des Abg. Prestinari über die Gesetzentwürfe: a) die Abänderung des § 67 der Verfassungsurkunde, die Verantwortlichkeit der Minister; b) die Ausführung der Bestimmungen der Verfassungsurkunde über Ministerverantwortlichkeit betr.

Karlsruhe, 2. Juni. Wir bebauern, die Rede des Hrn. Staatsraths Dr. Lamey in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 1. d. M., in Betreff der an dieselbe eingekommenen Petitionen um Beschränkung des Rechts der Verehelichung, aus Gründen des Zufalls heute nicht bringen zu können.

Kassel, 1. Juni. Bei der heute stattgefundenen Serienziehung der kurhessischen 40. Thlr.-Loose wurden folgende 50 Serien à 25 Stück Loose gezogen: Serie 85, 214, 308, 324, 455, 736, 793, 821, 1062, 1222, 1266, 1343, 1576, 1614, 1763, 1836, 1893, 1919, 2027, 2060, 2397, 2608, 2619, 2655, 2689, 2768, 2966, 3048, 3166, 3185, 3227, 3440, 3464, 3915, 4040, 4056, 4154, 4482, 4545, 4562, 4979, 5190, 5412, 5682, 5760, 5766, 5837, 5911, 6058, 6227.

Wien, 1. Juni. Bei der heute stattgehabten Verloosung der österreichischen 100-fl.-Loose von 1864 wurden folgende 8 Serien à 100 Stück Loose gezogen: Serie 39, 989, 1807, 2311, 2938, 3023, 3080, 3543, und fielen bei der alsbald vorgenommenen Gewinnziehung auf nachstehende Loose die beigezeichneten hohen Prämien: Serie 39, Nr. 62 250,000 fl.; Serie 1807, Nr. 29 25,000 fl.; Serie 3023, Nr. 65 15,000 fl.; Serie 2311, Nr. 38 10,000 fl.; Serie 39, Nr. 45 und Serie 1807, Nr. 24 je à 5000 fl.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Krenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 3. Juni. 2. Quartal. 70. Abonnementsvorstellung. Die **Afrkanerin**; große Oper mit Ballet in 5 Akten, von Meyerbeer. Die groß. Hofbühne bleibt bis 5. August geschlossen.

Bekanntmachung.

Bei der Kriegsverwaltung sind vier etatsmäßige Affistentenstellen mit einem Jahresgehalt von 600 fl. durch Kameralassistenten, welche sich zum Militärdienst eignen, sofort zu besetzen.

Karlsruhe, den 31. Mai 1866. Groß. Kriegsministerium. Ludwig.

Bekanntmachung.

Im hiesigen Bahnhof wurde am 29. v. M. ein Goldstück aufgefunden; der rechtmäßige Eigenthümer kann solches gegen Entrichtung der Einrückungsgebühr hierseitig in Empfang nehmen.

Heidelberg, den 1. Juni 1866. Groß. Eisenbahnamt. Sch. S.

Topogr. Karten des Großh. Generalstabes.

3.1.833. In der G. Braun'schen Postbuchhandlung in Karlsruhe sind vorräthig:

- Topogr. Atlas von Baden in 55 Bl. Maßst. 1:50,000. Jedes ganze Blatt Orig.-Abdr. 1 fl. Ueberdruck 30 fr. Farbe Blätter Orig.-Abdr. 30 fr. Ueberdruck 30 fr.

3.1.768. Offenb. Das Inzeraten-Bureau C. F. Baumüller...

3.1.352. Karlsruhe. Empfehlung. Herrn Architekten und Bauunternehmern empfehle ich zur Lieferung von gewalzten Doppel- und einfachen T-Trägern zu Hüttenpreisen.

3.1.358. Raßau. Piano. ein noch ganz neues, mit 7 Oktaven, von dem berühmten Meister Geismann in Wien gefertigt...

Fremden-Liste des Gasthofs zum Salmen.

Herr Heintzenberg, Kfm. aus Raßau. Hr. Weiß, Kfm. aus Schmiedheim. Hr. Schurrmann, Kfm. von da. Hr. Friedrich Mayer aus Karlsruhe. Hr. Herzberger aus Mannheim.

3.1.297. Raßau. Gasthaus-Verpachtung.

Ein sehr frequentes Gasthaus in der besten Lage der hiesigen Stadt unter billigen Bedingungen sogleich zu verpachten. Näher Auskunft ertheilt Kommissionsr. J. Müller.

3.1.334. Emmendingen. (Futter- und Segras-Versteigerung.)

Den heutigen Erwauch an Futter und Segras gegen gleich baare Bezahlung im Distrikt Ebnenbacher Almen, Hartbolschlag 18 Loos; im Weichholzschlag 23 Loos; Distrikt Ebnenbacher Wald: 11 Loos Futtergras.

3.1.233. Müllheim. (Erbovladung.) Ferdinand Müller von Neuenburg ist zur Erbschaft seiner am 21. April d. J. verstorbenen Mutter, Franz Müller's Witwe, Maria Anna Weis von Neuenburg, berufen.

3.1.349. Wollsch im Ringthal. Fremden-Liste des Gasthofs zum Salmen.

Kunst-Ausstellungen.

Die vereinigten Kunst-Vereine in Augsburg, Bamberg, Fürth, Hof, Regensburg, Stuttgart (Württembergischer Kunstverein), Wiesbaden (Rassauischer Kunstverein) und Würzburg veranlassen in den Monaten Januar bis Dezember 1866 incl. gemeinschaftliche permanente Ausstellungen unter den bekannten Bedingungen für die Einblendungen...

Die verehrlichen Herren Künstler werden zu zahlreicher Einblendung ihrer Kunstwerke eingeladen.

Regensburg, im November 1865. Im Namen obiger Vereine: der Kunstverein Regensburg.

PHOTOGRAPHIE DES BAINS STEPHANIE à l'entrée de l'Allée de Lichtenthal.

NUMA Blanc, Photograph, macht die ergebene Anzeige, daß derselbe vom 15. Mai bis Ende Juli für die großherzoglichen Staatsangehörigen und Militärs die Preise seines Tarifs auf die Hälfte herabgesetzt hat.

3.1.208. Numa Blanc, Photograph, prévient les employés de l'administration civile et les militaires, qui sont en garnison ou résidant dans le Grand-duché de Bade, que par faveur, à partir du 15 Mai jusqu'à la fin de Juillet, ils ne paieront que la moitié des prix indiqués sur le tarif de la maison, pour les portraits qu'ils auront à commander.

Bad Freyersbach.

3.1.336. Meine Badanstalt ist seit dem 1. Juni wieder eröffnet. Im Laufe dieses Jahres habe ich verschiedene Verbesserungen der Anstalt angebrach, namentlich sind die Douchegäder aufs vollkommenste hergestelt und die vaginal Douche aus sämmtliche Badabrinette ausgebedet worden.

3.1.282. Kenzingen. Bad- und Gasthaus-Empfehlung. Der Unterzeichnete macht bekannt, daß er im Garten bei seinem Gasthause zum Löwen, unmittelbar neben der Eisenbahnstation, am Glasthübel, eine allen neuen Anforderungen entsprechende Badanstalt für warme und kalte Bäder errichtet und eröffnet hat.

Villa Falkenstein. Herrenalh. Kaltwasserheil-Anstalt - Moortur - Fichtennadelbäder - Fichtennadel Dampfbäder. Inhalation - Electricität. Etablissement für Familien als ruhiger Landaufenthalt. Prospekte gratis bei P. Saaga, Bade- und Distrikt-Arzt. U. Mahl, Eigenthümer der Villa.

Anzeige.

Unterzeichneter empfiehlt sich einem hiesigen und auswärtigen Publikum hieslich in der Anfertigung von Grabsteinen, Monumenten, Kirchenarbeiten und allen in sein Fach einschlagenden Arbeiten, unter Zusicherung pünktlicher und reeller Bedienung.

Wollsch im Ringthal.

3.1.349. Wollsch im Ringthal. Fremden-Liste des Gasthofs zum Salmen.

Staatspapiere.

Table with columns for location (Frankfurt, Oesterr., Preuss., Bayern, Würtb., Baden, S. Hess.), denomination, and price/per cent.

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

Table with columns for stock name and price/per cent.

gleichen Tag, Beilage Nr. 66 und 67, die am 1. Mai d. J. neu eröffnete Firma L. J. J. in Mühlhausen eingetrag. Inhaber Leo J. J., Kaufmann, zu Haulen an der Bach gebürtig. Uebertrag d. d. Einblendungen, den 23. April 1866, mit Franziska, geb. Martini, von da, wozu jeder Theil 100 fl. in die Gemeinschaft einwirft, alles Uebrige aber davon ausschließt. T. Heil.

3.1.228. Nr. 4476. Breiten. (Aufforderung.) Die Wittwe des Josef Schnitler von Breiten, Katharina, geb. Schreiner, bat um Einblendung in Best und Gewähr der Verlassenschaft ihres Gemannes nachgesucht.

3.1.277. Nr. 12,935. Freiburg. (Aufforderung und Forderung.) Der Dienstknecht Rodolph Hirt von Kappel ist der Entwendung einer Taschenuhr zum Nachtheil des Carl Strub von Kappel, im Werth von 4 fl. 30 fr., und damit des Illen Diebstahls angeklagt.

3.1.255. Nr. 7751. Engen. (Ausschluß-erkennniß.) Alle in der heutigen Tagesfrist nicht anerkannte Ansprüche werden von der Sentmalthe des hiesigen Landrichters Theodor Neukum von Uttershofen andurch ausgeschlossen.

3.1.277. Nr. 12,935. Freiburg. (Aufforderung und Forderung.) Der Dienstknecht Rodolph Hirt von Kappel ist der Entwendung einer Taschenuhr zum Nachtheil des Carl Strub von Kappel, im Werth von 4 fl. 30 fr., und damit des Illen Diebstahls angeklagt.

3.1.330. Achern. (Erledigte Geschäftsstelle.) Unsere erste Geschäftsstelle mit dem normalen Gehalt soll in einem Vierteljahr mit einem gewissen Praktikanten oder Assistenten wieder besetzt werden.

3.1.330. Achern. (Erledigte Geschäftsstelle.) Unsere erste Geschäftsstelle mit dem normalen Gehalt soll in einem Vierteljahr mit einem gewissen Praktikanten oder Assistenten wieder besetzt werden.

3.1.330. Achern. (Erledigte Geschäftsstelle.) Unsere erste Geschäftsstelle mit dem normalen Gehalt soll in einem Vierteljahr mit einem gewissen Praktikanten oder Assistenten wieder besetzt werden.

Wechsel-Kurse.

Table with columns for location (Amsterdam, Antwerpen, Brüssel, London, Paris, Wien, etc.) and exchange rate.

Gold und Silber.

Table with columns for item (Gold, Silber, etc.) and price.